



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 30. Januar 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

In dieser Woche gedachten wir im Deutschen Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus. 81 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz bleibt das Gedenken Mahnung und Auftrag zugleich. „Nie wieder“ ist kein historischer Rückblick, sondern aktuelle Verpflichtung – in Zeiten, in denen antisemitische Hetze, rechtsextreme Geschichtsverfälschung und islamistische Gewalt gegen jüdisches Leben wieder sichtbarer werden. Besonders bewegend war in diesem Jahr die Rede der Holocaust-Überlebenden Tuva Friedman, die in ihrer Klarheit, Würde und Eindringlichkeit aus den Reden der vergangenen Jahre herausstach. Es war ein echtes Geschenk, sie bei uns im Plenarsaal zu haben.

Gleichzeitig ging es in dieser Sitzungswoche um wichtige Weichenstellungen für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilität unseres Landes. Mit dem neuen KRITIS-Dachgesetz schaffen wir erstmals einen klaren gesetzlichen Rahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen – von der Energieversorgung bis zur Telekommunikation.

Resiliente Strukturen sind kein „Nice-to-have“, sondern Voraussetzung für staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten.

Im Zeichen wirtschaftlicher Erholung stand auch die Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2026. Ein prognostiziertes Wachstum von 1 % ist ein positives Signal – aber es bleibt dabei: Um dauerhaft Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, braucht es Strukturreformen, Investitionen in Infrastruktur und mehr Entlastung für unsere Unternehmen.

Die ersten Schritte beim Bürokratieabbau wurden diese Woche mit mehreren Gesetzen in Angriff genommen.

Nicht zuletzt ist die vorläufige Einigung mit Indien auf ein Freihandelsabkommen ein starkes außenpolitisches Signal – für wirtschaftliche Öffnung, Partnerschaft und europäische Handlungsfähigkeit in Zeiten wachsender weltweiter Unsicherheiten.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Tuva Friedman: Eine Stimme gegen das Vergessen**
- **Leichtes Wachstum, große Aufgaben**
- **Afrika im Fokus meiner Arbeit**
- **Freihandel mit Perspektive – Deal mit Indien steht**

Tuva Friedman: Eine Stimme gegen das Vergessen.

In dieser Woche gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus. Die zentrale Gedenkstunde erinnerte an die Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden sowie an alle Opfer des nationalsozialistischen Terrors.

Einen tief bewegenden Moment bildete die Rede der Holocaust-Überlebenden Tuva Friedman. Die 95-jährige Zeitzeugin berichtete eindrucksvoll von ihrer Kindheit im Ghetto, von der Ermordung ihrer Familie und ihrer späteren Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz. Ihre Worte waren geprägt von Klarheit, Stärke und einem unmissverständlichen Appell an das Erinnern – als Grundlage für gesellschaftliche Wachsamkeit und politische Verantwortung.

Neben ihr sprach auch die neue Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, die das Gedenken als bleibenden Teil der deutschen Identität würdigte und zugleich betonte, dass Erinnerung nur dann Wirkung entfaltet, wenn sie ins Handeln führt.

Standpunkt: Die Gedenkstunde hat uns erneut vor Augen geführt, dass Erinnerungspolitik kein Ritual sein darf – sondern gelebte Verantwortung. Die klare, eindringliche Rede von Tuva Friedman war ein Geschenk für das Parlament.

Sie hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig es ist, dass Zeitzeugen zu Wort kommen – und dass

ihr Vermächtnis nicht in historischem Abstand, sondern in politischer Wachsamkeit besteht.

Umso unerträglicher ist es, wenn eine Partei, die sich selbst gern als Verteidiger jüdischen Lebens inszeniert, in der Realität immer wieder gegen die Interessen jüdischen Lebens und gegen den Schutz Israels stimmt. Wer sich demonstrativ gegen israelische Sicherheitsinteressen stellt, Resolutionen zur Antisemitismusbekämpfung ablehnt und in der Sprache der Geschichtsrevisionisten spricht, dem geht es nicht um jüdisches Leben – sondern um seine Verharmlosung.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: „Nie wieder“ ist keine historische Formel, sondern ein politischer Imperativ. In einer Zeit, in der antisemitische Hetze in Deutschland wieder offen sichtbar ist, braucht es eine wehrhafte Demokratie, klare Haltung und entschlossenes Handeln. Unsere Aufgabe ist es, Erinnerung wachzuhalten – nicht aus Schuld, sondern aus Verantwortung. •

Leichtes Wachstum, große Aufgaben.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2026 vorgestellt. Nach zwei Jahren der Rezession zeigt die deutsche Wirtschaft wieder ein leichtes Wachstum: Für das vergangene Jahr wurde ein BIP-Zuwachs von 0,2 % verzeichnet, für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung ein Plus von 1,0 %.

Auch die Inflation ist weiter rückläufig und lag zuletzt unter 3 %. Die Investitionstätigkeit hat insbesondere durch das Sondervermögen zur Sicherheits- und Infrastruktur-stärkung wieder Fahrt aufgenommen.

Der Bericht bestätigt: Der wirtschaftliche Tiefpunkt scheint überwunden – und das, obwohl globale Unsicherheiten weiterhin spürbar sind. Unter anderem belasten die geopolitische Lage, Handelskonflikte, hohe Energiepreise und ein insgesamt schwaches europäisches Umfeld die Entwicklung. Gleichwohl sind erste Erholungstendenzen erkennbar – insbesondere bei Auftragseingängen, Exporten und Investitionen.

Der Bericht verweist auch auf strukturelle Herausforderungen: Die Arbeitslosenquote stagniert bei 5,7 %, der Fachkräftemangel bleibt eine Wachstumsbremse, und die Investitionsquote liegt weiter unter dem europäischen Durchschnitt.

Standpunkt: Die Zahlen sind ein Hoffnungssignal – aber kein Freifahrtschein. Die Erholung bleibt fragil, solange grundlegende Standortprobleme nicht gelöst werden: zu viel Bürokratie, zu hohe Energiepreise, zu wenig Planungssicherheit für Unternehmen. Wenn wir dauerhaft wachsen wollen, braucht es nicht mehr Staat, sondern bessere Rahmenbedingungen für Eigeninitiative und Investitionen.

Wir als CDU/CSU-Fraktion fordern deshalb: Stopp der neuen Belastungsdebatten, gezielte Steuererleichterungen für Mittelstand und Handwerk, mehr Tempo bei Genehmigungen und einen konsequenten Einstieg in den Bürokratieabbau.

Deutschland muss wieder Lust auf Wachstum machen – und die Voraussetzungen dafür schaffen.

Wirtschaftliche Stärke ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss politisch gewollt, ermöglicht und geschützt werden. •

Sozialstaat reformieren – Verwaltung entschlacken.

In dieser Sitzungswoche hat der Bundestag mit mehreren Gesetzesinitiativen erste Schritte für spürbaren Bürokratieabbau und eine zielgerichtete Reform des Sozialstaats angestoßen. Ziel ist es, die wirtschaftliche Erholung zu stützen, staatliches Handeln effizienter zu machen und die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung neu auszurichten.

Konkret wurden im parlamentarischen Verfahren Änderungen bei Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten auf den Weg gebracht. Unternehmen sollen bei Berichtspflichten, Genehmigungsverfahren und Statistikabgaben entlastet werden – vor allem im Mittelstand. Gleichzeitig wurde mit der Einbringung des Gesetzes zur Neuen Grundsicherung eine grundlegende Neuausrichtung der sozialen Transferleistungen eingeleitet: mehr Aktivierung, weniger Abhängigkeit, klarere Sanktionen, bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme.

Die Maßnahmen sind Teil eines umfassenderen politischen Kurses:

Effizienz statt Überregulierung, gezielte Förderung statt Gießkanne, Ermöglichung statt Kontrolle. Dabei soll nicht Leistung gekürzt, sondern Wirkung verbessert werden – für Bürgerinnen, Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen.

Standpunkt: *Die Zeit der politischen Symboldebatten ist vorbei – was wir jetzt brauchen, ist praktische Vereinfachung und echte Reformbereitschaft. Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Wer arbeitet, verdient mehr Unterstützung. Wer arbeiten kann, muss mehr gefordert werden. Und wer Unternehmen auf dem Rücken der Bürokratie lähmt, gefährdet Beschäftigung, Wachstum und Innovation.*

Der Sozialstaat muss stärker auf Aktivierung und Teilhabe setzen – ohne die Augen vor echten Notlagen zu verschließen. Bürokratie darf nicht Selbstzweck sein, sondern muss wieder auf das Wesentliche reduziert werden: Effizienz, Rechtssicherheit, Vertrauen.

Die beschlossenen Maßnahmen sind erste Schritte in die richtige Richtung. Entscheidend ist nun: aus Projekten Politik machen – und aus Ankündigungen Entlastung. •

Dialog auf Augenhöhe in Ostafrika.

In der vorvergangenen Woche durfte ich gemeinsam mit Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul zu politischen Gesprächen nach Kenia und Äthiopien reisen.

Als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Fraktion war es mir ein wichtiges Anliegen, die Eindrücke und Perspektiven unserer afrikanischen Partner direkt vor Ort aufzunehmen – in Regierung, Parlament, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

In Nairobi führten wir Gespräche mit der kenianischen Regierung, Abgeordneten des Parlaments, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie mit deutschen Unternehmen, die dort aktiv sind. Besonders beeindruckend war der Besuch des Vertriebszentrums der Firma Krones, die mit Ausbildung, Technologie und regionaler Wertschöpfung ein starkes Beispiel für verantwortungsvolle wirtschaftliche Partnerschaft liefert. Auch der Besuch des Goethe-Instituts verdeutlichte, wie kultureller Austausch, Sprachförderung und berufliche Qualifizierung Hand in Hand gehen – und wie viel Potenzial in einer engen Bildungskoooperation steckt.

In Äthiopien stand vor allem der Austausch mit der Afrikanischen Union im Mittelpunkt. In Gesprächen mit Mitgliedsstaaten und der Kommission wurde klar: Deutschland wird als verllässlicher Partner wahrgenommen – gerade, wenn es um multilaterale Zusammenarbeit, Sicherheitspartnerschaften und eine faire Gestaltung globaler Prozesse geht. Auch Gespräche zur Lage im Sudan haben die sicherheitspolitische Dringlichkeit regionaler Kooperation unterstrichen.

Standpunkt: *Die Reise hat mir einmal mehr gezeigt: Afrika braucht nicht Mitleid – sondern verlässliche Partnerschaft auf Augenhöhe.*

Unsere afrikanischen Gesprächspartner haben ein klares Interesse an strategischer Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Sicherheit und Bildung. Wenn wir diesen Wunsch ernst nehmen, können wir gemeinsam Zukunft gestalten – zum gegenseitigen Vorteil.

Für mich als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika ist klar: Deutschland muss seine Rolle auf dem afrikanischen Kontinent neu definieren – nicht als Besserwisser, sondern als engagierter Partner mit klarem Wertefundament und wirtschaftlicher Stärke. Die Reise war ein wichtiger Impuls, um diesen Anspruch mit Leben zu füllen. •

Impulse für eine vernetzte Afrikapolitik.

Auch in dieser Woche stand Afrika im Zentrum zahlreicher Gespräche im Deutschen Bundestag.

Als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika hatte ich Gelegenheit, mich mit mehreren zentralen Akteuren auszutauschen, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zur Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent beitragen.

Ein besonders spannender Austausch fand mit Moritz Sprenger, dem neuen Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Abuja, Nigeria, statt.



Als zentrale Drehscheibe Westafrikas ist Nigeria ein Schlüsselstaat für Sicherheitskooperation, demokratische Entwicklung und wirtschaftliche Perspektiven. Umso wichtiger ist die enge Abstimmung mit denjenigen, die vor Ort Netzwerke aufbauen und demokratische Strukturen fördern.

Auch der Besuch von Dr. Andrea Hauser, Direktorin für Afrika bei der KfW, bot wertvolle Einblicke in die entwicklungspolitische Finanzarchitektur und die Herausforderungen langfristiger Infrastruktur- und Klimafinanzierung. Die Zusammenarbeit zwischen der KfW und afrikanischen Partnern ist ein zentraler Baustein für nachhaltige Entwicklung und Stabilisierung vor Ort.

Darüber hinaus war Christoph Kannengießer, Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, zu Gast im Parlament.

Im Mittelpunkt unseres Gesprächs stand die Frage, wie deutsche Unternehmen stärker auf dem afrikanischen Kontinent Fuß fassen können – gerade in Märkten mit großem Potenzial, aber auch mit besonderen Risiken. Hier braucht es gezielte politische Flankierung, um wirtschaftliches Engagement zu fördern und Partnerschaft praktisch umzusetzen.



Alle Gespräche haben gezeigt: Afrikapolitik ist mehrdimensional – sie braucht politischen Dialog, wirtschaftliche Öffnung und strategische Kooperation gleichermaßen. •

Politik trifft Praxis: Verstärkung für mein Bundestagsbüro.

In dieser Woche ist Leonard Konrad im Rahmen des DIVERSIFY-Programms der Deutschlandstiftung Integration als Mentee in mein Bundestagsbüro gestartet.

Über einen Zeitraum von sechs Monaten wird er mich im Zuge einer Hospitation begleiten – eine Zusammenarbeit, auf die ich mich sehr freue.



Leonard bringt ein Profil mit, das fachliche Tiefe, internationale Perspektive und gesellschaftliches Engagement verbindet. Er ist studierter Wirtschaftsingenieur, Sozialunternehmer und Projektentwickler mit einem klaren Fokus auf Afrika, Wirtschaft und Unternehmertum. In den vergangenen Jahren hat er an der Schnittstelle von Innovationsförderung, Diaspora-Engagement und wirtschaftlicher Zusammenarbeit gearbeitet – sowohl in Deutschland als auch in mehreren afrikanischen Ländern.

Inhaltlich beschäftigt er sich insbesondere mit Unternehmertum, Fachkräftemobilität und Wissenstransfer zwischen Afrika und Europa. Mit der Hospitation möchte er nun gezielt auch die politische Schnittstelle seiner Arbeit besser verstehen.

Warum halte ich diese Hospitation für besonders sinnvoll? Zum einen, weil Leonard eine Perspektive einbringt, die in politischen Prozessen oft zu kurz kommt: die Verbindung von unternehmerischer Realität, internationaler Erfahrung und gesellschaftlichem Engagement.

Zum anderen, weil seine Arbeit genau dort ansetzt, wo zentrale Zukunftsfragen liegen - bei nachhaltiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Fachkräftegewinnung, Innovationspartnerschaften, Diaspora-Engagement sowie einer differenzierten Afrikapolitik jenseits von Klischees hin zu echten Chancen.

In den kommenden Monaten wird Leonard mich zu Sitzungen, Fachgesprächen und Terminen im Bundestag begleiten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Arbeitskreis Afrika, in dem wir uns intensiv mit außenwirtschaftlichen Beziehungen und der Rolle afrikanischer Märkte für deutsche Unternehmen beschäftigen. Der Austausch ist dabei ausdrücklich keine Einbahnstraße: Ich freue mich auf den gegenseitigen Dialog, auf kritische Fragen aus der Praxis und auf neue Impulse und frische Perspektiven für die parlamentarische Arbeit.

Ich bin überzeugt, dass wir in den kommenden sechs Monaten voneinander lernen werden - durch fachlichen Austausch, gemeinsame Reflexionen und das Teilen von Erfahrungen aus Politik, Wirtschaft und internationaler Zusammenarbeit.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit – willkommen im Bundestag, lieber Leonard! •

Die gute Nachricht der Woche **Freihandel mit Perspektive – Deal mit Indien steht.**

Die Europäische Union und Indien haben ihre langjährigen Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen erfolgreich abgeschlossen. Nach fast 20 Jahren Gesprächen unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der indische Premierminister Narendra Modi den Vertrag in Neu-Delhi – ein Meilenstein in den wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen zwischen zwei der größten Volkswirtschaften der Welt.

Das Abkommen schafft eine Freihandelszone mit über zwei Milliarden Menschen, in der Zölle auf einen Großteil der Waren und Dienstleistungen schrittweise gesenkt oder ganz abgeschafft werden. Dadurch wird deutschen und europäischen Unternehmen ein bevorzugter Zugang zu einem der dynamischsten Märkte der Welt eröffnet. Gleichzeitig profitieren indische Unternehmen von einem erleichterten Marktzugang in die EU.

Analysen zeigen: Mit dem Deal können nicht nur Exportchancen deutlich steigen – etwa im Maschinen- und Fahrzeugbereich –, sondern auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Europa gesichert und neue Investitionen angestoßen werden. Die

Zollsenkungen betreffen neben Industrie- auch Agrar- und Dienstleistungen.

Dieses Abkommen ist mehr als ein wirtschaftlicher Schritt: Es sendet ein starkes Signal für offene Märkte und regelbasierten Handel in einer Zeit weltweiter Unsicherheiten und Handelskonflikte. Durch die vertiefte Zusammenarbeit mit Indien wird Europas Rolle im globalen Handel gestärkt – zum Vorteil vieler Branchen und Beschäftigter in Deutschland und in der EU. •